

Interpellation Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU

Der Regierungsrat wird gebeten, in Bezug auf das vom Bundesrat angestrebte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung der Schweiz in die EU (gemäss verabschiedetem Verhandlungsmandat vom 18. Dezember 2013 inkl. zwingender Rechtsübernahme und Unterstellung unter den EU-Gerichtshof) folgende Fragen zu beantworten:

Finanzielle Mehrkosten

1. Welche kantonalen und kommunalen Gesetze/Verordnungen und welche Rechtsbereiche werden vom Rahmenabkommen betroffen sein, wenn sich dieses wie geplant auf alle Marktzugangsabkommen mit der EU erstreckt?
2. Welche finanziellen und administrativen Mehrkosten resultieren als Folge der „dynamischen“ Rechtsübernahme und Unterstellung unter den EU-Gerichtshof (EuGH) für den Staat, den einzelnen Bürger und die Unternehmen?
3. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die zukünftigen Regulierungskosten für Unternehmen ein?
4. Rechnet der Regierungsrat aufgrund eines institutionellen Rahmenabkommens mit einem höheren Personalaufwand? Falls ja, wie viele neue Stellen müssen beim Kanton und in den Gemeinden neu geschaffen werden?
5. Mit welchen Steuererhöhungen ist generell zu rechnen, inkl. der Mehrkosten für den Staat und den zusätzlichen Personalaufwand?
6. Rechnet der Regierungsrat mit Unternehmen, die den Kanton bzw. die Schweiz verlassen werden, weil die Standortvorteile insbesondere bei den Arbeitsmarktbedingungen weiter eingebüsst werden?

Rechtsübernahme weit über die Marktzugangsabkommen hinaus

7. Auf Druck der EU und der OECD hat der Bundesrat die Unternehmenssteuerreform III lanciert, welche weitreichende Auswirkungen auf das kantonale Steuerrecht hat. Welche weiteren Auswirkungen auf das kantonale Steuerrecht sind bei Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens möglich?
8. Welche Auswirkungen hat die allfällige Übernahme der Unionsbürgerschaft auf den Kanton und die Gemeinden?
9. Welche Auswirkungen hat eine dynamische resp. zwingende Rechtsübernahme auf kantonsspezifische Interessen, wie das Gesundheitswesen (z.B. Prämien- und Tarifregelungen), das Gebäudeversicherungswesen oder die Kantonalbanken?
10. Welche Wirtschaftszweige und Branchen werden mit veränderten regulatorischen Rahmenbedingungen aufgrund von neuen EU-Regulierungen rechnen müssen?

Unterstellung kantonaler Gericht unter die EuGH Rechtsprechung

11. Welche Auswirkungen hat eine Unterstellung unter den EuGH auf das kantonale Gerichtswesen? In welchen Bereichen ist mit neuen oder anderen Urteilen zu rechnen? (Das Verhandlungsmandat der EU spricht von gerichtlicher Kontrolle.)

Neue Kohäsionszahlungsforderungen

12. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Kosten für die Kantone bei einer automatischen Weiterführung der Kohäsionsbeiträge? (Im Verhandlungsmandat der EU so gefordert.)

Weniger Föderalismus, mehr Zentralismus

13. Welche Auswirkungen hätte ein solches Abkommen auf die föderalistische Ordnung und die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden?
14. Inwiefern wird eine dynamische Einbindung in die EU das Verhältnis zwischen den Kantonen und dem Bund, aber auch zwischen den Gemeinden und dem Kanton, sowie die Frage der direktdemokratischen Mitsprache auf Stufe Kanton oder auch das Verhältnis Kantonsparlament-Kantonsregierung weiter beeinflussen? (Studien beobachten bereits heute Zentralisierungstendenzen infolge der schleichenden EU-Integration.)
15. Sieht der Regierungsrat auch die Gefahr, dass mit einem solchen Rahmenabkommen der Zentralisierung Vorschub geleistet würde?

Mitsprache der Stände

16. Wird sich der Regierungsrat infolge der grossen Bedeutung dieses Abkommens dafür einsetzen, dass ein solches Abkommen dem obligatorischen Referendum untersteht, damit die Mitsprache der Stände gewährleistet ist?
17. Ist der Regierungsrat bereit, zur Beantwortung dieser staatspolitisch sehr wichtigen und brisanten Fragen von einer unabhängigen Stelle ein Rechtsgutachten erstellen lassen?